Russland zerlegen (mit Antworten von ChatGBT) Teil 1 und 2

> ***Im EU-Parlament soll dieses oder vergangenes Jahr ein Beschluss (?) gefasst worden sein, Russland zu schwächen um es in mehrere kleinere Länder aufzuteilen. Stimmt das und worum ging es da genau?***

Ja, an diesem Bericht ist tatsächlich etwas dran. Es gibt einen entsprechenden Beschluss des Europäischen Parlaments. Allerdings muss man genauer hinsehen, denn es gibt zwei miteinander zusammenhängende Vorgänge, die häufig vermischt werden.

Ich habe die Originaldokumente gefunden. Besonders bemerkenswert ist, dass die Formulierungen tatsächlich weiter gehen, als man zunächst vermuten könnte.

1. Der Beschluss des Europäischen Parlaments vom 29. Februar 2024

An diesem Tag verabschiedete das Europäische Parlament eine Entschließung mit dem Titel:

The murder of Alexei Navalny and the need for EU action in support of political prisoners and oppressed civil society in Russia.

Darin steht ein bemerkenswerter Satz:

> Ukraine's decisive victory may lead to genuine changes in the Russian Federation, in particular deimperialisation, decolonialisation and refederalisation, all of which are necessary conditions for establishing democracy in Russia.

Auf Deutsch sinngemäß:

Ein entscheidender Sieg der Ukraine könnte zu grundlegenden Veränderungen in der Russischen Föderation führen, insbesondere zu:

- Deimperialisierung: Beseitigung imperialer Strukturen und Machtansprüche.
- Dekolonialisierung: Beendigung der Unterdrückung und Beherrschung anderer Völker innerhalb Russlands.
- Reföderalisierung: Wiederherstellung einer echten föderalen Ordnung mit mehr Eigenständigkeit der Teilrepubliken und Regionen.

Diese drei Veränderungen werden ausdrücklich als notwendige Voraussetzungen für die Errichtung einer Demokratie in Russland bezeichnet.

Die Abstimmung fiel deutlich aus:

Angenommen
506 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 32 Enthaltungen.

Quelle: Originalmitteilung des Europäischen Parlaments vom 29. Februar 2024.

2. Noch deutlicher wurde der Europarat im April 2024

Am 17. April 2024 verabschiedete die Parlamentarische Versammlung des Europarates die Resolution 2540.

Dort steht in Absatz 28 wörtlich:

> decolonisation of the Russian Federation is a necessary condition for the establishment of democracy in the Russian Federation.

Übersetzt:

Die Dekolonialisierung der Russischen Föderation ist eine notwendige Voraussetzung für die Errichtung der Demokratie in der Russischen Föderation.

Das ist eine bemerkenswerte Verschärfung der Formulierung.

Allerdings ist hier eine wichtige institutionelle Unterscheidung zu beachten: Der Europarat ist nicht die Europäische Union. Es handelt sich um zwei verschiedene Organisationen.

Die Resolution wurde mit 87 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung angenommen.

Quelle: Resolution 2540 des Europarates, Originaltext.

3. Bedeutet das, Russland soll in mehrere Staaten aufgeteilt werden?

Hier muss man unterscheiden.

Die Begriffe Dekolonialisierung und Reföderalisierung können durchaus eine Entwicklung begünstigen, bei der einzelne russische Teilrepubliken mehr Selbstständigkeit erhalten oder sogar ihre Unabhängigkeit anstreben.

Russland besteht aus zahlreichen Teilrepubliken und anderen Föderationssubjekten, darunter beispielsweise:

- Tatarstan
- Baschkortostan
- Tschetschenien
- Dagestan
- Sacha (Jakutien)

Es gibt politische Bewegungen, die für eine Unabhängigkeit solcher Gebiete eintreten.

Aber: Der Beschluss des Europäischen Parlaments fordert nicht ausdrücklich die Auflösung der Russischen Föderation in mehrere unabhängige Staaten.

Auch die Resolution des Europarates enthält keine konkrete Anweisung, Russland territorial aufzuteilen.

4. Was ist mit den Bestrebungen zur Aufteilung Russlands?

Das ist ein weiterer interessanter Aspekt.

Bereits 2023 fand im Europäischen Parlament eine Veranstaltung unter dem Titel

Imperial Russia: Conquest, Genocide and Colonisation. Prospects for Deimperialisation and Decolonisation statt. Organisiert wurde sie von der polnischen Abgeordneten Anna Fotyga.

Dort wurden ausdrücklich Perspektiven für ein Russland nach Putin und die Selbstbestimmung seiner Völker diskutiert. Auch die Möglichkeit unabhängiger Nachfolgestaaten spielte in solchen politischen Foren eine Rolle.

Das war allerdings eine Veranstaltung einzelner Abgeordneter und keine vom gesamten Parlament beschlossene Politik.

Mein Fazit

Ich würde die Angelegenheit in drei Aussagen zusammenfassen:

1. Tatsache: Das Europäische Parlament hat 2024 mit überwältigender Mehrheit eine Entschließung verabschiedet, die **Deimperialisierung, Dekolonialisierung und Reföderalisierung** Russlands als Voraussetzungen für eine demokratische Entwicklung bezeichnet.

2. Tatsache: Die Parlamentarische Versammlung des Europarates ging noch weiter und erklärte die **Dekolonialisierung** Russlands ausdrücklich zur notwendigen Voraussetzung für Demokratie.

3. Nicht belegt: Dass die EU einen verbindlichen Plan beschlossen hätte, Russland militärisch oder politisch zu schwächen, um es anschließend in mehrere unabhängige Staaten zu zerlegen.

Eine Frage finde ich dabei besonders wichtig: Was genau verstehen die Initiatoren unter Dekolonialisierung? Geht es um mehr demokratische Selbstbestimmung innerhalb eines föderalen Russlands oder letztlich um die Auflösung des heutigen russischen Staatsgebildes?

Das sind zwei politisch und geopolitisch sehr unterschiedliche Zielsetzungen. Und genau diese Unterscheidung sollte man bei der Bewertung der Beschlüsse im Auge behalten.

> ***Was meinen die mit Dekolonisierung?***
>
> ***Das habe ich schon öfter gelesen: Sie meinen tatsächlich die Zerlegung des großen Landes in kleiner Staaten, wie man es mit dem Balkan (Jugoslawien) gemacht hat. Ich wusste nur nicht, dass die Sache im EU-Parlament behandelt wurde.***

Ich verstehe, worauf du hinauswillst. Und tatsächlich ist deine Interpretation nicht aus der Luft gegriffen. Es gibt in diesem Zusammenhang eine politische Strömung, die unter dem Begriff „Dekolonisierung

Russlands“ tatsächlich die Auflösung der Russischen Föderation in mehrere eigenständige Staaten versteht.

Allerdings ist es wichtig, zwei Dinge auseinanderzuhalten:

- Was in den offiziellen Entschließungen des Europäischen Parlaments steht.
- Was diejenigen politischen Aktivisten und Abgeordneten unter Dekolonisierung verstehen, die diese Entschließungen und die dahinterstehenden Ideen vorantreiben.

Die beiden Ebenen überschneiden sich, sind aber nicht identisch.

1. Es gibt tatsächlich Vertreter, die die Auflösung Russlands anstreben

Ein besonders aufschlussreiches Dokument ist die Veranstaltung der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (ECR) vom 31. Januar 2023 im Europäischen Parlament.

Sie trug den Titel:

Imperial Russia: Conquest, Genocide and Colonisation. Prospects for Deimperialisation and Decolonisation.

Die Veranstaltung wurde von den Europaabgeordneten Anna Fotyga und Kosma Złotowski organisiert.

Auf der offiziellen Veranstaltungsseite der ECR steht:

> In order to finally remove the threat to peace that the Russian Federation still poses, the international community should seek a re-federalisation of the Russian state.

Sinngemäß: Um die von der Russischen Föderation ausgehende Bedrohung des Friedens endgültig zu beseitigen, solle die internationale Gemeinschaft eine Neuföderalisierung des russischen Staates anstreben.

ECR Group+1

Interessant ist die Teilnehmerliste. Dort finden sich Vertreter mit Bezeichnungen wie:

- Republik Sacha (Jakutien)
- Republik Burjatien
- Republik Inguschetien
- Republik Karelien
- Republik Tatarstan
- Republik Baschkortostan
- Republik Oirat
- Republik Ingrien
- Republik Pskow

Das sind zum Teil bereits bestehende russische Teilrepubliken, zum Teil politische Projekte für eigenständige Staaten.

Das ist also durchaus mehr als eine Diskussion über kulturelle Autonomie.

2. Was bedeutet das politisch?

Unter dem Begriff Dekolonisierung werden in dieser Bewegung im Wesentlichen drei Ziele verfolgt:

Erstens: Auflösung der imperialen Machtstruktur Moskaus.

Die Regionen sollen sich von der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Dominanz Moskaus befreien.

Zweitens: Selbstbestimmung der Völker.

Die verschiedenen ethnischen und nationalen Gruppen sollen selbst entscheiden können, ob sie weiterhin zu Russland gehören wollen.

Drittens: Bildung eigenständiger Staaten.

Einige Vertreter dieser Bewegung wollen ausdrücklich unabhängige Staaten schaffen, beispielsweise in Sibirien, im Nordkaukasus oder im Wolgagebiet.

Das ist der entscheidende Punkt: Für einen Teil dieser Bewegung bedeutet Dekolonisierung tatsächlich die territoriale Auflösung des heutigen Russlands.

3. Wie passt dazu der Beschluss von 2024?

Hier wird es politisch interessant.

Am 29. Februar 2024 übernahm das gesamte Europäische Parlament mit 506 gegen 9 Stimmen die Begriffe:

- Deimperialisierung
- Dekolonialisierung
- Reföderalisierung

als notwendige Voraussetzungen für eine demokratische Entwicklung Russlands.

Das Parlament hat damit allerdings nicht ausdrücklich beschlossen, Russland in unabhängige Staaten aufzuspalten.

Es hat aber Begriffe politisch legitimiert, die von einem Teil der beteiligten politischen Bewegung genau in diesem Sinne verstanden werden.

Man sollte außerdem nicht übersehen: Eine Entschließung des Europäischen Parlaments ist noch kein verbindlicher Beschluss der EU-Regierungen über eine solche geopolitische Strategie.

4. Der Vergleich mit Jugoslawien

Dein Vergleich ist insofern nachvollziehbar, als es um die Frage geht, ob ein bestehender Vielvölkerstaat in mehrere Staaten zerfallen soll.

Allerdings war der Zerfall Jugoslawiens ein komplexer historischer Prozess mit inneren Konflikten, nationalistischen Bewegungen, Kriegen und internationalen Interventionen. Ihn einfach als ein von außen durchgeführtes Projekt zu beschreiben, würde der Geschichte nicht gerecht.

Auch bei Russland wäre eine solche Entwicklung keineswegs zwangsläufig friedlich.

Was ich an der Sache für besonders bemerkenswert halte:

Es gibt einen erheblichen Unterschied zwischen der Forderung, den Völkern Russlands mehr Selbstbestimmung und kulturelle Rechte zu gewähren, und dem politischen Ziel, die Russische Föderation territorial zu zerschlagen.

Dass beide Vorstellungen unter dem gleichen Begriff „Dekolonisierung“ diskutiert werden und dass dieser Begriff Eingang in eine Entschließung des Europäischen Parlaments gefunden hat, ist eine wichtige Information.

Hier sind zwei Originalquellen, die ich dir besonders empfehlen möchte:

1. ECR: Die Veranstaltung vom 31. Januar 2023 mit vollständiger Teilnehmerliste.
2. Die offizielle Entschließung des Europäischen Parlaments vom 29. Februar 2024.

Ich würde gerade die erste Quelle einmal in Ruhe ansehen. Sie zeigt ziemlich konkret, welche politischen Vorstellungen hinter einem Teil der Dekolonisierungsbewegung stehen.

Ende Teil -1

Anmerkung zu Punkt 4 „Der Vergleich mit Jugoslawien“
*Mein „Gesprächspartner“ argumentiert gutwillig und „weiß nichts“ von westlichen Einflüssen auf die Konflikte auf den Balkan. Wir wissen, dass sie von westlicher Seite lange vorbereitet und geschürt wurden. Gerade Deutschland wirkte dabei mit: Genscher und sein Nachfolger Klaus Kinkel zunächst als BND-Chef, dann als Außenminister. Der CIA-Agent Osama Bin-Laden schaffte kampfbereite Islamisten nach Jugoslawien (**Jürgen Elsässer: Wie der Dschihad nach Europa kam. Gotteskrieger und Geheimdienste auf dem Balkan.** Auch wenn man heute über Elsässer die Nase rümpft — das Buch ist lesenswert; als er es schrieb, war er noch linker Journalist bei der jungen welt)*

Russland zerlegen — Teil 2

Ich komme nochmal auf meine vorletzte Frage zurück zur Aufteilung der Russischen Föderation:

Du schreibst:

„Eine Frage finde ich dabei besonders wichtig: Was genau verstehen die Initiatoren unter Dekolonialisierung? Geht es um mehr demokratische Selbstbestimmung innerhalb eines föderalen Russlands oder letztlich um die Auflösung des heutigen russischen Staatsgebildes?

Das sind zwei politisch und geopolitisch sehr unterschiedliche Zielsetzungen. Und genau diese Unterscheidung sollte man bei der Bewertung der Beschlüsse im Auge behalten.“

Bei dem undurchschaubaren Wortgebirge: „Deimperialisierung, Dekolonialisierung und Reföderalisierung“ fällt mir ein Ausdruck ein, dem ich schon zu Beginn meiner politischen Aufwachphase begegnet bin: "plausible deniability". Die Eingeweihten wissen, was gemeint ist, es bleibt aber abstreitbar um es später, bei einer geeigneteren Machtkonstellation knallhart durchzusetzen.

Kannst du mir da zustimmen?

Ja, ich kann Deiner Überlegung durchaus folgen. Und ich halte sie für einen ernst zu nehmenden Ansatz, um die politische Sprache solcher Resolutionen zu untersuchen.

Der Begriff „plausible deniability“ (plausible Abstreitbarkeit) trifft einen bestimmten Mechanismus sehr gut:

Eine politische Zielsetzung wird so formuliert, dass unterschiedliche Adressaten Unterschiedliches darunter verstehen können. Diejenigen, die weitergehende Ziele verfolgen, erkennen möglicherweise eine strategische Perspektive. Nach außen kann man sich dagegen auf eine unverfängliche, rechtlich und moralisch akzeptable Bedeutung der verwendeten Begriffe berufen.

Das ist kein bloßes Sprachspiel. Es kann ein bewusst eingesetztes Instrument politischer Kommunikation sein.

Ich würde allerdings zwei Dinge auseinanderhalten:

1. Die Mehrdeutigkeit der Sprache: Begriffe wie Deimperialisierung, Dekolonialisierung und Reföderalisierung lassen tatsächlich erheblichen Interpretationsspielraum.
2. Die dahinterstehende Absicht: Ob die Mehrdeutigkeit bewusst geschaffen wurde, um eine spätere Zerschlagung Russlands vorzubereiten, ist eine weitergehende Behauptung. Dafür bräuchten wir zusätzliche Belege.

Und hier wird Deine Vermutung durchaus interessant: Es gibt nämlich einen konkreten politischen Hintergrund, der über bloße Wortinterpretation hinausgeht.

In der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 29. Februar 2024 steht tatsächlich, dass ein entscheidender ukrainischer Sieg zu Veränderungen im politischen System der Russischen Föderation führen könne, insbesondere zu:

- Deimperialisierung
- Dekolonialisierung
- Reföderalisierung

Diese drei Entwicklungen werden ausdrücklich als notwendige Voraussetzungen für die Demokratie in Russland bezeichnet.

Das ist also keine nachträgliche Erfindung von Kritikern. Die Formulierung steht im beschlossenen Parlamentsdokument.

Noch aufschlussreicher ist, dass es politische Gruppierungen gibt, die unter dem Begriff Dekolonialisierung tatsächlich die Auflösung der Russischen Föderation verstehen. Die Organisation „Forum of Free

Nations of Post-Russia“ fordert beispielsweise ausdrücklich die Unabhängigkeit zahlreicher Gebiete und Republiken.

Das beweist allerdings noch nicht, dass die Mehrheit des Europäischen Parlaments diese konkrete Zielsetzung teilt.

Genau hier würde ich Deinen Begriff der „plausible deniability“ ins Spiel bringen.

Denn die Formulierung lässt mindestens zwei Lesarten zu:

- Die wohlwollende Lesart: Russland soll demokratisiert werden, seine Regionen sollen mehr Selbstbestimmung erhalten und seine imperialen Strukturen überwinden.
- Die weitergehende Lesart: Die nationalen und regionalen Eigenständigkeiten sollen so gestärkt werden, dass die heutige Russische Föderation auseinanderbrechen kann.

Und die zweite Lesart ist keineswegs eine bloß theoretische Fantasie. Sie wird von bestimmten politischen Akteuren ganz offen vertreten.

Meine Einschätzung lautet deshalb:

Dein Verdacht ist als politische Hypothese plausibel. Die Wortwahl bietet tatsächlich die Möglichkeit, eine weitreichende geopolitische Zielsetzung zu verfolgen, ohne sich ausdrücklich auf die Auflösung Russlands festlegen zu müssen.

Aber ich würde einen Schritt weiter erst dann gehen, wenn wir Belege dafür haben, dass genau diese Mehrdeutigkeit von den Initiatoren bewusst als Verschleierung eingesetzt wurde.

Eine wichtige Ergänzung: Eine Entschließung des Europäischen Parlaments ist noch keine verbindliche EU-Politik. Sie ist aber ein politisches Signal und deshalb durchaus ernst zu nehmen.

Ich finde übrigens, dass Deine Frage auf einen grundsätzlichen Punkt hinausläuft:

Wie unterscheidet man zwischen einer tatsächlich friedens- und demokratieorientierten politischen Zielsetzung und einer geopolitischen Strategie, die ihre eigentlichen Absichten hinter moralisch positiv besetzten Begriffen verbirgt?

Das ist eine Frage, die man nicht mit dem Hinweis auf die guten Absichten der jeweiligen Akteure beantworten sollte. Man muss ihre konkreten Forderungen, Handlungen und politischen Folgen untersuchen.

> ***Danke für deine Anregungen.***
>
> ***Meine Gedanken kreisen bisher um die Frage, warum die Europäer so verbissen an dem Krieg gegen Russland festhalten und sich gegen die Verständigungsbemühungen Trumps und Putins stellen. Und die daher riesige Mengen Geld in die Ukraine leiten, das dann in den eigenen Ländern fehlt. Sie wehren sich mit Händen und Füßen gegen die Einsicht, dass ein Beitritt der Ukraine in die NATO für Russland der wichtigste Kriegsgrund ist.***
>
> ***Ein Ziel, sich ein Stück von Russland sich zur Beute machen zu können, wäre vielleicht eine Erklärung für die Verbissenheit.***

Ich glaube, jetzt kommen wir zum eigentlichen Kern Deiner Überlegungen. Du suchst nicht nur nach einer Erklärung für die europäische Russlandpolitik, sondern nach einem möglichen geopolitischen Eigeninteresse, das hinter der offiziellen Begründung des Krieges stehen könnte.

Das ist eine legitime Fragestellung. Man sollte sie weder vorschnell als Verschwörungstheorie abtun noch eine vermutete Strategie bereits als bewiesene Tatsache behandeln.

Deine Überlegung enthält meines Erachtens drei unterschiedliche Fragen, die wir auseinanderhalten sollten:

1. Warum hält die europäische Politik an der militärischen Unterstützung der Ukraine fest?
2. Welche Rolle spielt die NATO-Frage tatsächlich für die Entstehung und Fortdauer des Krieges?
3. Gibt es darüber hinaus geopolitische Interessen an einer dauerhaften Schwächung oder gar Auflösung Russlands?

Gerade die dritte Frage verdient eine genauere Untersuchung.

1. Warum halten europäische Regierungen an dieser Politik fest?

Zunächst eine wichtige Beobachtung: Die europäische Politik ist keineswegs so geschlossen, wie sie nach außen manchmal erscheint.

Es gibt unterschiedliche Interessen und Motive:

- Sicherheitspolitische Interessen: Viele Regierungen befürchten, dass ein russischer Erfolg in der Ukraine Moskau zu weiteren militärischen Unternehmungen ermutigen könnte.
- Glaubwürdigkeit der NATO: Ein Rückzug ohne für die Ukraine akzeptable Sicherheitsregelung könnte als Schwäche des westlichen Bündnisses interpretiert werden.
- Europäische Eigenständigkeit: Einige Regierungen wollen verhindern, dass Trump und Putin über die künftige Sicherheitsordnung Europas verhandeln, ohne Europa einzubeziehen.
- Innenpolitische Festlegung: Wer jahrelang erklärt hat, Russland dürfe diesen Krieg keinesfalls gewinnen, kann einen Kompromiss nur schwer als Erfolg verkaufen.
- Wirtschaftliche Interessen: Die massive Aufrüstung schafft Aufträge für die Rüstungsindustrie. Auch amerikanische Waffenlieferanten profitieren von der europäischen Unterstützungspolitik.

Der letzte Punkt ist ein belegbares wirtschaftliches Interesse. Er beweist allerdings nicht, dass Rüstungsunternehmen die europäische Politik steuern.

Eine interessante aktuelle Entwicklung: Im November 2026 gibt es innerhalb Europas Streit darüber, wie man sich an den amerikanisch-russischen Verhandlungen beteiligen soll. Italien hat beispielsweise kritisiert, dass Europa durch unkoordinierte Einzelkontakte an Einfluss verliere.

Das zeigt: Es gibt durchaus unterschiedliche Vorstellungen darüber, ob und wie man mit Moskau verhandeln sollte.

2. Die NATO-Frage: ein wesentlicher Teil der Vorgeschichte

Hier würde ich Dir in einem wichtigen Punkt zustimmen: Die NATO-Frage ist keineswegs eine nachträglich erfundene russische Ausrede.

Ein paar historische Eckdaten:

- 1999 und 2004 wurde die NATO mehrfach nach Osten erweitert.
- Im April 2008 erklärte der NATO-Gipfel in Bukarest ausdrücklich, dass die Ukraine und Georgien künftig Mitglieder des Bündnisses werden würden.
- Im Dezember 2014 gab die Ukraine ihren zuvor geltenden blockfreien Status auf.
- 2021 wurde die Perspektive einer ukrainischen NATO-Mitgliedschaft erneut bekräftigt.

Putin hatte die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine bereits vor dem Krieg ausdrücklich als Sicherheitsbedrohung bezeichnet. Auch westliche Diplomaten kannten diese russische Position.

Allerdings muss man zwei Dinge unterscheiden:

Erstens: Die NATO-Mitgliedschaft war für Russland ein zentraler Streitpunkt und ein wesentlicher Bestandteil seiner Sicherheitsforderungen.

Zweitens: Daraus folgt nicht, dass der russische Angriff alternativlos war oder dass die Ukraine kein Recht auf eine eigene außenpolitische Orientierung hatte.

Auch war eine tatsächliche NATO-Aufnahme der Ukraine im Februar 2022 keineswegs unmittelbar bevorstehend.

Die wissenschaftliche Literatur diskutiert diese Zusammenhänge kontrovers. Eine neuere Untersuchung von 2026 sieht die NATO-Perspektive als wichtigen strukturellen Faktor, aber nicht als alleinige Ursache des Krieges.

Ich finde, man muss diese Vorgeschichte diskutieren dürfen, ohne damit den russischen Angriff zu rechtfertigen.

3. Die mögliche Schwächung und Aufteilung Russlands

Jetzt kommen wir zu Deiner eigentlichen Vermutung zurück.

Hier gibt es tatsächlich einen bemerkenswerten dokumentierten Befund.

Die EU-Kommission und der Europäische Rat formulieren ihre Sanktionspolitik ausdrücklich mit dem Ziel, Russlands wirtschaftliche Basis und seine Fähigkeit zur Kriegsführung zu schwächen.

Das ist also kein Geheimnis.

Noch einen Schritt weiter geht die bereits besprochene Entschließung des Europäischen Parlaments vom 29. Februar 2024. Sie verbindet einen entscheidenden ukrainischen Sieg mit Deimperialisierung, Dekolonialisierung und Reföderalisierung Russlands.

Das ist politisch bemerkenswert. Denn hier geht es nicht mehr ausschließlich um die Wiederherstellung der ukrainischen Grenzen, sondern ausdrücklich auch um Veränderungen der politischen Ordnung Russlands.

Allerdings enthält die Entschließung keine ausdrückliche Forderung, Russland in mehrere unabhängige Staaten aufzuspalten.

Es existieren aber andere politische Akteure, die genau das fordern.

Damit haben wir drei unterschiedliche Ebenen:

1. Die nachweisbare Absicht, Russlands militärische und wirtschaftliche Macht zu schwächen.
2. Die parlamentarisch formulierte Absicht, seine innere politische und föderale Ordnung grundlegend zu verändern.
3. Die von bestimmten politischen Gruppen ausdrücklich vertretene Absicht, die Russische Föderation aufzulösen.

Diese Ebenen sollte man nicht miteinander gleichsetzen. Aber man sollte sie auch nicht voneinander isoliert betrachten.

4. Meine wichtigste Anregung für Deine weitere Überlegung

Ich würde eine Frage ins Zentrum stellen:

Ist das eigentliche europäische Kriegsziel die Wiederherstellung der ukrainischen Souveränität – oder soll der Krieg darüber hinaus zu einer dauerhaften Veränderung der Machtverhältnisse zwischen Europa und Russland führen?

Das sind zwei verschiedene Zielsetzungen, die durchaus gleichzeitig verfolgt werden könnten.

Und ich würde noch eine weitere Frage hinzufügen:

Warum sollte ein wirtschaftlich und militärisch geschwächtes, möglicherweise politisch fragmentiertes Russland für Europa auf Dauer sicherer sein als ein Russland, mit dem man sich auf eine tragfähige europäische Sicherheitsordnung verständigt?

Das ist keineswegs selbstverständlich. Eine Auflösung der Russischen Föderation könnte auch erhebliche Instabilität, Konflikte um Ressourcen und gefährliche Fragen hinsichtlich der russischen Atomwaffen aufwerfen.

Mein Vorschlag: Wir sollten die Frage nach den europäischen Interessen an einer Schwächung Russlands einmal unabhängig von der offiziellen Kriegsbegründung untersuchen. Dabei würde ich insbesondere die US-amerikanische Strategie, die Interessen der europäischen Rüstungsindustrie, die Energiepolitik und die bereits erwähnten Forderungen nach einer Neuordnung Russlands betrachten.

Nicht mit dem vorgefassten Ergebnis, dass es einen geheimen Gesamtplan gibt, sondern mit der Frage, welche Interessen tatsächlich dokumentiert sind und welche Schlussfolgerungen sich daraus ziehen lassen.

Ich glaube, das könnte eine aufschlussreiche Untersuchung werden.

> ***Danke! Aber bevor wir an dieser Stelle weitermachen, muss ich erst mal den bisherigen Stoff verarbeiten und mit meinen Freunden besprechen. Dann sehen wir weiter.***

Sehr gerne! Ich finde es sinnvoll, die Gedanken erst einmal sacken zu lassen und mit anderen darüber zu diskutieren.

Gerade bei solchen geopolitischen Fragen lohnt es sich, verschiedene Erklärungen gegeneinander abzuwägen und auch die eigenen Vermutungen kritisch zu prüfen.

Ich freue mich, wenn wir den Faden später wieder aufnehmen. Bis dahin eine anregende Diskussion mit Deinen Freunden!